

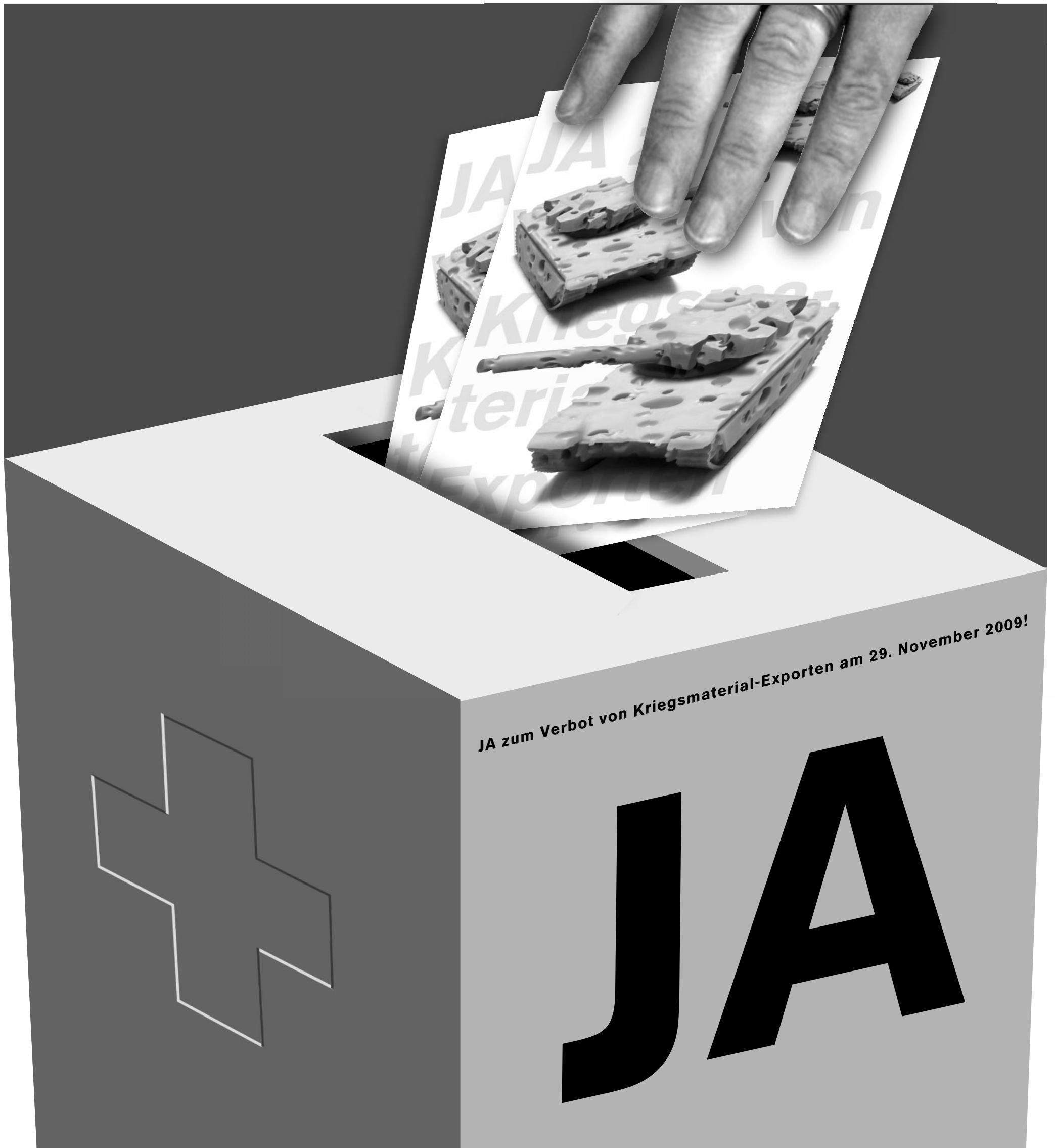
AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Oktober 2009 Nr. 140

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**





Editorial

In den kommenden Wochen erwarten uns sehr seltsame Diskussionen. Dieselben Politiker, die sonst nicht müde werden, ihre christliche Grundhaltung und die Familienwerte zu betonen, werden uns zu erklären versuchen, dass es in Ordnung sei, Kleinwaffen nach Afrika zu liefern – auch wenn die Waffen allzu oft in die Hände von Kindersoldaten geraten. Politikerinnen, die gegen den Islam hetzen, werden mit Vehemenz den Verkauf von Waffen an Pakistan und Saudi-Arabien verteidigen. Wirtschaftsführer, die sonst ein Loblied auf die gesellschaftliche Verantwortung und die ethischen Verpflichtungen von Unternehmen singen, werden dafür plädieren, dass die Schweizer Kriegsprofiteure sich weiterhin am Geschäft mit dem Tod bereichern können. Aber es gibt auch Hoffnung, dass diese schizophrene Politik am 29. November Schiffbruch erleiden wird. Die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten wird mittlerweile auch von CVP-Politikern und –Politikerinnen unterstützt. Christliche Hilfswerke wie Fastenopfer, der Christliche Friedensdienst und die Bethlehem Mission Immensee sagen ebenso JA zur Initiative wie Greenpeace und die wichtigsten Gewerkschaften der Schweiz, darunter der VPOD und voraussichtlich die Unia.

Am meisten Mut für die Abstimmung machen uns jedoch jene Leute, die sich täglich melden, um uns im Abstimmungskampf zu unterstützen. Sei es beim Verteilen von Flyern, beim Aufhängen von Plakaten, beim Organisieren von Veranstaltungen oder auch mit einer kleineren oder grösseren Spende. Die Rüstungsindustrie hat die geballte Macht des Geldes auf ihrer Seite – wir jedoch sind auf das Engagement, den Einsatz und die Kreativität all jener angewiesen, die den schmutzigen Geschäften der Schweizer Waffenindustrie endlich ein Ende bereiten wollen. Auch für Ihre Hilfe, lieber Leser, liebe Leserin, sind wir sehr dankbar!

Dies ist die letzte Ausgabe der GSoA-Zitig vor der Abstimmung am 29. November. Wenn Sie auf www.gsoa.ch oder www.kriegsmaterial.ch den Online-Newsletter abonnieren, erhalten Sie jedoch regelmässig die neusten Nachrichten über die weiteren Aktivitäten der Kampagne.

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

DEFILÉE IN BASEL

Den Kriegsausbruch feiern?

Am 1. September mussten über 1000 Panzergrenadiere in Basel vor dem Rathaus aufmarschieren: Auf dem Programm stand eine feierliche Fahnenübergabe. Dass an diesem Datum vor genau 70 Jahren der Zweite Weltkrieg begonnen hatte, kümmerte die Armee offensichtlich nicht. Die GSoA war vor Ort und protestierte gegen die Militärparade.

Von Remo Ziegler

Basler Politiker und die GSoA forderten die Basler Regierung im Vorfeld auf, die Parade abzusagen und stattdessen der Opfer des Krieges zu gedenken. Ungestört konnte die Armee ihre Parade erwartungsgemäss nicht abhalten. AktivistInnen der GSoA und der JUSO protestierten mit Transparenten und verteilten Flyer. Später gelang es weiteren AktivistInnen, die Parade mit einer Blockade aufzuhalten. Der Rathausplatz in Basel war ähnlich einer Viehweide eingezäunt, und auffällig viele Soldaten hoben spontan den Daumen, als sie die Transparente der GSoA erblickten.

Abschluss von «Protector»

Bis zuletzt wurde um die Bewilligung für die Proteste hart gerungen. Der Polizei in Basel war es vor allem wichtig, dass die Fahnenübergabe in würdigem Rahmen durchgeführt werden konnte. Für die Soldaten hingegen war es ein mühsamer Abschluss eines absurden WKs. Im Rahmen der Grossübung «Protector» wurde die «Raumsicherung» trainiert. In den Augen der Armeeplaner muss die

Schweiz nämlich bald vor inneren Unruhen geschützt werden. Ethnische Minderheiten könnten sich in den Augen der Armee in die Haare geraten. Die Wirklichkeit hat dieses Szenario bereits mehrfach widerlegt, besondere Realitätsnähe war noch nie die Stärke der Planer im VBS. Auch bei grösseren Umwälzungen in Ländern, aus denen viele MigrantInnen stammen, kam es in der Schweiz noch nie zu Unruhen.

Die Armee hat profanere Probleme: Sie scheiterte bereits an der Lärmschutzgesetzgebung. Zähneknirschend musste die Armee den Einsatz von Drohnen und Panzern nach 22 Uhr untersagen, da die Bevölkerung in der Nacht schlafen und sich nicht gegen imaginäre Terroristen verteidigen lassen will.

Die GSoA Aargau demonstriert in der Nähe von Koblenz gegen die «Feiern» zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs.



Die GSoA protestiert vor der Niederlassung der Farner PR im Niederdorf in Zürich gegen die Schnüffel-Schweinerei.

SPITZELAFFÄRE

Von Schnüffelratten und PR-Spitzeln

Die PR-Firma Farner, die im Auftrag der Rüstungsfirmen den Abstimmungskampf gegen die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» bestreitet, hat die GSoA an ihrem Strategiewochenende bespitzelt. Gemäss Recherchen von 10vor10 gehören auch verdeckte Ermittlungen in der Bundesverwaltung zu ihren Methoden. Von Christina Hug

Seit Jahren ist Farner PR für die Kampagnen der Schweizer Rüstungsindustrie zuständig. Dabei greift die Firma immer wieder auf fragwürdige Methoden zurück. So versteckt sie sich regelmässig hinter politischen Pseudo-Organisationen, statt ihre Mandate offenzulegen. Ein solches Farner-Konstrukt ist etwa der «Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik» ASUW, der zum Zeitpunkt der Lancierung der Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» gegründet wurde und nun auch in der Abstimmungskampagne eine zentrale Rolle spielen soll. Präsident des ASUW ist CVP-Ständerat Bruno Frick, als Vizepräsidentin amtiert die FDP-Nationalrätin Sylvie Perrinjaquet. Geschäftsführer von ASUW ist der Farner PR-Mann Andreas Richner. Auch die Internetdomain von ASUW ist auf die Firma Farner registriert.

«Verunglimpfungsversuch»

Im Juni dieses Jahres versuchte Farner PR die GSoA zu unterwandern, indem sie eine Spitzelin in unser «Fitamin»-Weekend einschleuste (siehe GSoA-Zitig 139). Die Wochenzeitung WOZ berichtete am 20. August ausführlich darüber. Farner war nicht einmal bereit, einen Protestbrief entgegenzunehmen. In dem Brief forderte die GSoA die Offenlegung aller In-

formationen, die im Zusammenhang mit der GSoA und der Kampagne für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten stehen und die Farner auf diese unredliche Art und Weise gesammelt hat.

Gerne hätten wir mit den Verantwortlichen gesprochen und ihnen ein paar Fragen gestellt, doch von Farner stand niemand für eine Stellungnahme zur Verfügung. Stattdessen verbreitete die PR-Agentur ein Communiqué, in welchem sie jede Schuld von sich weist und unterstellt, die Geschichte sei ein von der GSoA konstruierter, politisch motivierter Verunglimpfungsversuch.

Verdeckte Aufklärung

Zwei Tage später berichtete auch 10vor10 über die Spitzelaffäre. Dem Nachrichtenmagazin liegen Dokumente vor, welche Spitzelaffäre in einen grösseren Kontext stellen und beweist, welche obskuren Methoden die PR-Firma anwendet: In den internen Farner-Papieren ist neben der «Observation von Aktivistengruppen» auch von «verdeckter Aufklärung in der Verwaltung», insbesondere im EDA, sowie «öffentlicher Desavouierung» des Gegners die Rede.

Doch Farner PR hüllt sich weiter in Schweigen. Offenbar glauben die angeblichen PR-Profis, sie könnten die Sache einfach aussitzen und tuscheln. Aber nicht mit uns: Die GSoA hat Farner PR für den diesjährigen Big Brother Award nominiert. Mit diesem Preis werden die grössten Schnüffelratten der Schweiz aus Privatwirtschaft und Politik ausgezeichnet. Die Verleihung findet am 24. Oktober in der Roten Fabrik in Zürich statt.

Weitere Infos dazu finden sich unter <http://www.bigbrotherawards.ch>.

Proteste gegen das Defilée in Basel



KRIEG UM RESSOURCEN ODER «GREEN NEW DEAL»

Greenpeace unterstützt Exportverbot für Kriegsmaterial

Aus einer beherzten Aktion gegen Atom-bombentests entstand vor 38 Jahren die Umweltorganisation Greenpeace. Heute ist der Zusammenhang zwischen Krieg und Umweltzerstörung offensichtlicher denn je. Greenpeace hat deshalb beschlossen, die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten zu unterstützen. Von Matthias Wyssmann und Kaspar Schuler, Greenpeace Schweiz

Ziel der Reise war die Insel Amchitka vor Alaska. An Bord befand sich ein Dutzend Friedensaktivisten, die in ein militärisches Sperrgebiet eindringen und einen geplanten Atomtest der USA verhindern wollten. Die Aktion stand unter dem Motto «Green & Peace» und machte so auf die für Mensch und Umwelt gleichermaßen zerstörerische Wirkung der Bombe aufmerksam. Dieser Herbst vor 38 Jahren war die wagemutige Geburtsstunde von Greenpeace.

Dass Greenpeace Schweiz heute die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten unterstützt, entspricht dieser Tradition. Gewaltfreiheit ist einer der vier Greenpeace-Grundwerte. Die Schweiz hat die einmalige historische Gelegenheit, innerhalb des unmittelbar Machbaren ihren Beitrag zum Weltfrieden zu leisten, international ein markantes Zeichen zu setzen, als

Vorbild Nachahmer zu ermutigen und die Inhalte einer demokratischen Konfliktlösung zu verbreiten.

Kriege zerstören die Umwelt

Ein Blick auf die militärischen Krisengebiete der Gegenwart – ob Golf, Kaukasus oder Zentralasien – zeigt, dass die Vorkommen der fossilen Energien Öl und Gas ein entscheidender Kriegs faktor sind. Der Zusammenhang zwischen Krieg und Umweltzerstörung wurde bereits im ersten Irakkrieg mit der Inbrandsetzung der Ölfelder in Kuwait offensichtlich. Diese katastrophale Verkettung wird in Zukunft noch schrecklicher werden – wenn sich die Menschheit nicht für eine neue Art zu leben und wirtschaften entscheidet, indem sie den Verbrauch fossiler Brennstoffe radikal drosselt, die Energieeffizienz steigert und die Nutzung erneuerbarer Energien massiv ausbaut.

«Green New Deal» schafft technische Arbeitsplätze

Angesichts der Arbeitsplatz-Schwarzmalerei der Initiativgegner lohnt sich ein Blick auf die Wirtschaftszweige, die sich grünen Zukunftstechnologien widmen. Eine Umstellung der bisherigen Stromproduktion auf erneuerbare Energien würde nicht nur 10 Milliarden Tonnen CO₂-Emissionen vermeiden, sondern

weltweit auch 2,7 Millionen Jobs schaffen, als die Industrien der fossilen Brennstoffe – Kohle, Erdöl und Gas – und die Atomkraft heute bereitstellen. Dies hat eine von Greenpeace und dem European Renewable Energy Council veröffentlichte Studie ergeben. Welches Stück davon sich die Schweiz abschneidet, hängt von ihrer Bereitschaft ab, in diesen Bereich zu investieren. Die Volksinitiative sieht begleitende Massnahmen vor, die genau in diese Richtung gehen. 60'000 neue Arbeitsplätze in absehbarer Zeit sind realistisch, und das im Industriebereich, wo auch die Rüstung angesiedelt ist. Hier hat sich auch

bei Anlegern die Nachfrage nach nachhaltigen Investitionen in den letzten Jahren spektakulär vervielfacht.

Greenpeace ist der Überzeugung, dass unsere energiewirtschaftliche Zukunft in der Energieeffizienz und der Nachhaltigkeit liegt. Die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten kann Auslöser für einen Schritt in die Richtung eines «Green New Deal» sein, hin zum ökologischen Umbau der Gesellschaft. Mit einem JA zur Initiative stimmen die BürgerInnen aber nicht nur dafür, sondern auch für mehr Frieden auf der Erde. Gibt es Sinnvolleres?

Green und Peace: Investitionen in erneuerbare Energien anstatt in Rüstungsexporte



RUAG UND RHEINMETALL AIR DEFENCE

Schweizer Munition in Afghanistan

Ein deutscher Ingenieur und Publizist beschreibt, wie Schweizer Waffenfirmen Munition für den Afghanistan-Krieg optimieren. Von Michael Baumgärtner

Der in der Zeitschrift «Europäische Sicherheit» publizierte Artikel befasst sich mit einem Paradigmenwechsel in der deutschen Wehrpolitik. Es sei nun vor allem «wirkungsoptimierte, intelligente und programmierbare Munition» gefragt, um der «asymmetrischen Bedrohung» Rechnung zu tragen, die bei ak-

tuellen Bundeswehr-Einsätzen vorherrsche. Es liegt auf der Hand, dass Jäger die Situation in Afghanistan umschreibt.

In der Folge präsentiert Jäger mit unverhohlener Begeisterung eine lange Liste neuer Waffen- und Munitionssysteme, mit deren Hilfe die «Wirkung im Ziel» verbessert werden soll, sprich: mit denen Menschen noch effektiver und zielgerichteter umgebracht werden können als bisher. Auffällig und brisant ist dabei, dass beinahe jede technische Innovation aus Schweizer Waffenschmieden stammt.

«Enge Zusammenarbeit»

Ausführlich gelobt wird die Munition der Ruag – einer Firma, die zu hundert Prozent dem Schweizer Staat gehört: «Die Firma RUAG Ammotec (...) führt die Entwicklungen von Infanteriemunition in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Bundeswehr durch.» Sowohl Scharfschützen als auch Soldaten mit Maschinenpistolen werden von der Bundeswehr mit Ruag-Munition nach Afghanistan geschickt. Auch bei der Flugabwehr setzt Deutschland auf Schweizer Munition, nämlich auf 35mm-Geschosse der Rheinmetall Air Defence (ehemals Oerlikon Contraves). Kürzlich hat

unser nördliche Nachbar bei der Mowag ausserdem mehrere hundert Panzerfahrzeuge für den Einsatz am Hindukusch gekauft. Der Krieg in Afghanistan geht nun bereits ins neunte Jahr; ein Ende ist nach den manipulierten Wahlen nicht absehbar. Und die Schweiz beteiligt sich mit Waffenlieferungen – obwohl die neue Kriegsmaterialverordnung eigentlich vorsieht, dass keine Staaten mit Kriegsmaterial beliefert werden dürfen, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind (vgl. Artikel Seite 4). Dagegen hilft nur eines: Ein JA zur Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» am 29. November!

ABSTIMMUNGSKAMPF

So stoppen wir das Geschäft mit dem Krieg

Noch bleibt etwas Zeit bis zur Abstimmung vom 29. November. Jetzt kommt es auf das Engagement jedes und jeder Einzelnen an. Von Tom Cassee und Rahel Ruch

Glaubwürdigkeits-Vorteil

Die Rüstungslobby mag uns finanziell überlegen sein und kann die ganze Schweiz mit Plakaten überziehen. Doch dass sich bei uns alle aus eigener Überzeugung statt aus Karrieregründen engagieren, hat auch einen Vorteil: Wir sind glaubwürdig, denn wir kämpfen, weil wir an etwas glauben, statt an etwas zu glauben, weil wir dafür bezahlt werden. Diesen Vorteil gilt es zu nutzen.

Im direkten Gespräch liegt unsere Stärke: Diskutiert in eurem Umfeld über die Initiative, verschickt SMS und Mails, um an den Abstimmungstermin zu erinnern und unterstützt die Initiative auf Facebook! Auch das Aufhängen eines Plakats oder das Mitnehmen von ein paar Flyern an den Arbeitsplatz kann entscheidende Stimmen bringen.

Wir gewinnen in den Regionen

In vielen Kantonen haben sich regionale Komitees gebildet, die Veranstaltungen und Flyeraktionen organisieren. Auch weitere Ideen sind denkbar und willkommen – in Bern werden beispielsweise Leintücher be-

druckt, die deinen Balkon als Teil unserer Kampagne kennzeichnen.

Wichtig sind auch die Kleinstädte und Dörfer, denn unsere Kampagne soll überall sichtbar sein. Wo noch keine Aktivitäten geplant sind, reissen wir gerne gemeinsam mit Dir etwas an – Material und Unterstützung erhältst Du bei den GSoA-Sekretariaten oder Du kannst es unter www.kriegsmaterial.ch kostenlos bestellen.

Leserbriefe statt Inserate

Werbung in den grossen Zeitungen ist teuer – zu teuer für die GSoA. Doch es gibt einen anderen Weg, unsere Anliegen in den Blät-

tern unterzubringen, nämlich das Schreiben von Leserbriefen. Jeder Leserbrief, der in einer grossen Zeitung erscheint, «neutralisiert» ein Inserat, das mehrere hundert oder gar tausend Franken kostet. Greift in die Tasten! Wir zählen auf euch!

Viele weitere Anregungen, wie Du Dich für die Initiative gegen Kriegsmaterial-Exporte engagieren kannst, sowie eine Liste der aktuellen Veranstaltungen und Standaktionen findest Du auf www.kriegsmaterial.ch.

Herzlichen Dank für Deine Unterstützung!





KRIEGSMATERIAL-VERORDNUNG

Wenn der Bundesrat mit dem Gesetz in Konflikt kommt

Gemäss der neuen Kriegsmaterialverordnung dürfte die Rüstungsindustrie keine Länder mehr beliefern, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind. Sie tut es aber trotzdem. Nun prangern mehr als 60 RechtsprofessorInnen die Behörden an. Von Andreas Weibel

Es braucht einiges, bis sich die akademische Welt gegen den Bundesrat stellt. Die Bewilligungspraxis für Kriegsmaterial steht aber in so eklatantem Widerspruch zur geltenden Verordnung, dass sich mehr als 60 RechtsprofessorInnen in einem offenen Brief ans SECO und das EDA gewandt haben. Zu den Unterzeichnenden gehören Persönlichkeiten wie Cornelio Sommaruga, ehemaliger Präsi-

dent des IKRK, Gret Haller, alt Nationalratspräsidentin und Präsidentin der Schweizer Sektion der Internationalen Juristen-Kommission, und Georges Abi-Saab, Honorarprofessor der Universität Genf, bis 2008 Vorsitzender des Appellationsgerichts der WTO und einer der weltweit einflussreichsten Völkerrechtler überhaupt.

Exporte in Konfliktländer

Seit ihrem Inkrafttreten im Dezember 2008 verbietet die revidierte Verordnung den Export von Rüstungsgütern an Staaten, welche «in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt» sind. Dem Wortlaut nach wäre dies ein bemerkenswerter Schritt hin zu einer restriktiveren Schwei-

zer Rüstungsexportpolitik. Bisher wird die Verordnung durch die Verwaltung jedoch nicht umgesetzt, wie die Exportstatistik des ersten Halbjahres 2009 zeigt. Nicht nur in Pakistan und Indien finden derzeit bewaffnete Konflikte statt; auch die USA, Deutschland und Grossbritannien sind nach allgemeiner Lesart in den internen bewaffneten Konflikt in Afghanistan verwickelt – alles Länder, die zu den grössten Kunden der Schweizer Waffenindustrie gehören.

Zuerst versuchte der Bundesrat mit allerlei fadenscheinigen juristischen Ausflüchten zu begründen, weshalb die Bewilligungspraxis nicht geändert werden müsse. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage ist er im Herbst nun auf eine neue Argumentation

umgeschwenkt: Die oben zitierte Auslegung sei zwar juristisch korrekt. Der Bundesrat habe beim Schreiben der Verordnung aber nicht die Absicht gehabt, ein so weit reichendes Exportverbot zu erlassen. Darum würde die Exportpraxis nun nicht geändert. Mit anderen Worten: Der Bundesrat nimmt in Kauf, gegen die eigene Verordnung zu verstossen. Wenn die Kriegsmaterial-Initiative am 29. November ein gutes Ergebnis erzielt, wird es für den Bundesrat schwer, weiterhin auf geltendes Recht zu pfeifen.

Mehr Informationen zum Thema finden sich unter www.kriegsmaterial.ch/kmv

Evelinn Trouble: Warface

Song und Videoclip gegen Waffenexporte

(ac) Evelinn Trouble hat «Warface» speziell für den Abstimmungskampf gegen Kriegsmaterial-Exporte komponiert und getextet. «Es war mir ein Anliegen, das Geschäft mit dem Krieg musikalisch zu thematisieren, denn die Schweiz mischt da schon lange mit», begründet die 20-jährige Zürcher Künstlerin ihr Engagement gegenüber der GSoA-Zeitung.

Benjamin Weiss, der Regisseur des Videoclips, war vom Drehort begeistert: «Die Ruinen des Hardturm-Stadions waren die ideale Kulisse. Sie sehen aus wie ein Kriegsschauplatz – und liegen doch mitten in Zürich. Das widerspiegelt die Aussage des Songs: Der Krieg hat mehr mit uns zu tun, als uns lieb sein kann.»

Videoclip und mp3 unter www.gsoa.ch/trouble



PILATUS-FLUGZEUGE

Business as usual

Nachdem sich der Bundesrat aufgrund der zahlreichen Skandale im Zusammenhang mit den Exporten von Pilatus-Flugzeugen gezwungen sah, eine Verschärfung des Bewilligungsregimes vorzuschlagen, beriet in der Herbstsession der Ständerat über die Vorlage. Resultat: Business as usual - Profit ist wichtiger als Menschenleben. Von Martin Parpan

«Trainingsflugzeuge» der Stanser Pilatuswerke werden regelmässig in Kampfhandlungen eingesetzt (in Burma, in Guatemala, im Irak, um nur einige zu nennen). Im vergangenen Jahr bombardierte die tschadische Luftwaffe in Darfur verschiedene Dörfer. Unter dem Druck der bevorstehenden Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten schlug der Bundesrat eine Änderung des Güterkontrollgesetzes, dem die Pilatus-Flugzeuge unterstehen, vor: Neu sollte der Bundesrat die Möglichkeit erhalten, Exportbewilligungen zu verweigern, «wenn die Wahrung wesentlicher Interessen des Landes es erfordert.» Wahrlich keine sehr weitgehende Regelung. Aber immerhin ein Fortschritt: Bisher hat der Bundesrat nicht einmal eine gesetzliche Handhabe, um Pilatus-Exporte in Bürgerkriegsländer wie die Demokratische Republik Kongo oder den Tschad zu verhindern.

Der Ständerat behandelte das Geschäft in der Herbstsession. Die Argumente, die gegen diese Verschärfung des Güterkontrollgesetzes von den Gegnern ins Feld geführt wurden, führten selbst bei der der Rüstungsindustrie durchaus zugeneigten Bundesrätin Doris Leuthard zu Kopfschütteln. So wurde argumentiert, dass die neue Bestimmung nicht

notwendig sei, weil der Bundesrat gemäss Bundesverfassung bereits heute die Möglichkeit habe, solche Exporte per Notrecht zu verbieten. Auf das Notrecht berief sich der Bundesrat im Fall UBS und im Fall Tinner in letzter Zeit gleich zweimal. Die Diskussionen, ob der Bundesrat damals legitimiert war, dieses Notrecht einzusetzen, waren zu Recht sehr intensiv. Die Gegner der Verschärfung wissen sehr genau, dass sich der Bundesrat davor hüten würde, den Notrechtsartikel im Falle eines Pilatus-Exportgeschäftes anzuwenden. Für den Bankenplatz Schweiz war er dazu zwar bereit, für potentielle Opfer von Bombardierungen in fernen Ländern würde er es aber kaum tun.

Opfer bleiben unerwähnt

Auffallend an der Diskussion im Ständerat war, dass die Gegner der Gesetzesverschärfung während der ganzen Debatte die Opfer der Bombardierungen mit keiner einzigen Silbe erwähnten. Man hatte das Gefühl, als ginge es beim Export von bomberfähigen Flugzeugen um ganz normale Industriegüter. Das Hilfswerk Swissaid, das im Tschad tätig ist, fordert schon seit Jahren von der Schweizer Regierung, dass der Pilatus PC-9 dem Kriegsmaterialgesetz unterstellt wird. Swissaid-Geschäftsführerin Caroline Morel kommentierte die Ständeratsdebatte wie folgt: «Die bürgerliche Mehrheit im Ständerat hat die Chance verpasst, mit einer sehr kleinen Gesetzesänderung grosse Probleme zu entschärfen. Die Interessen der Bevölkerung eines armen Landes müssen zukünftig stärker gewichtet werden als diejenigen der Rüstungsindustrie. Es gilt jetzt, den Entscheid des Ständerates zu korrigieren.»

Frauenkomitee

JETZT BRAUCHT ES FRAUEN, DIE SICH FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSMATERIAL-EXPORTEN EINSETZEN!

Ende August dieses Jahres wurde in Zürich das Komitee «Frauen für ein Waffenausfuhrverbot» gegründet. Das Komitee setzt sich zum Ziel, der Initiative für ein Waffenausfuhrverbot zum Durchbruch zu verhelfen.

Als Erstunterzeichnerinnen konnten folgende Frauen gewonnen werden:

Rosmarie Dormann, a. Nationalrätin und Präsidentin der Bethlehem Mission Immensee
 Dr. med. Yvonne Gilli, Fachärztin für Hausarztmedizin, Nationalrätin
 Judith Giovannelli-Blocher, Schriftstellerin
 Christine Goll, Präsidentin VPOD, Nationalrätin
 Prof. Dr. Ruth Gurny, Soziologin
 Käthi La Roche, Pfarrerin Grossmünster Zürich
 Prof. Katharina Prelicz, Nationalrätin
 Maria Roth Bernasconi, Nationalrätin, Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz
 Isolde Schaad, Schriftstellerin
 Irene Schweizer, Musikerin
 Monika Stocker, Sozialpolitikerin
 Dr. Ruth Gaby Vermot, a. Nationalrätin und Europarätin SP
 Rosmarie Zapfl, a. Nationalrätin und Europarätin

Es ist klar: Unsere GegnerInnen werden mit einer millionenschweren Kampagne versuchen, das dreckige Waffengeschäft zu retten. Sie werden das Land in gewohnter Weise mit Plakaten überschwemmen, die voller falscher Behauptungen und Unterstellungen sind. Dadurch lassen wir uns aber nicht beirren. Wir BefürworterInnen der Initiative verfügen zwar über wenig Geld, dafür über viel Engagement und die Gewissheit, dass sich unser Einsatz für eine Welt mit weniger Gewalt und weniger bewaffneten Konflikten auf alle Fälle und unbedingt lohnt.

Wenn viele Frauen bereit sind, fünfzig Franken zu spenden, können wir rechtzeitig vor der Abstimmung die Frauenerklärung zusammen mit den Namen all der Frauen, die dahinter stehen, in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen publizieren. Auf unserer Homepage www.frauen-gegen-waffen.ch kann frau sich elektronisch einschreiben – also: nicht zögern, mitmachen! Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann sich postalisch melden bei Ruth Gurny, Parkring 47, 8002 Zürich.

Vielen Dank im Voraus für euer Engagement!

Ruth Gurny

Mehr Informationen unter www.frauen-gegen-waffen.ch

RÜSTUNGSKONVERSION

Bestehende Arbeitsplätze sichern, neue schaffen!

Was haben die Ausfuhr von Kriegsmaterial und die Herstellung von Holzfenstern gemeinsam? Auf den ersten Blick nicht viel. Doch obwohl die Rüstungslobby allgegenwärtig ist, während von der ehrbaren Holzfenster-Lobby kaum etwas zu vernehmen ist: Beide Branchen sind wirtschaftlich gleich bedeutend.

Von Andreas Weibel und Andreas Cassee

Kriegsmaterial-Exporte tragen knapp 0.1 Prozent zur schweizerischen Wertschöpfung bei. Gemäss einer Studie von BAK Basel Economics im Auftrag des Bundes beschäftigt die Schweizer Rüstungsexportsindustrie direkt 3'335 Personen, zusätzlich schafft die Branche 1'797 Arbeitsplätze bei Zulieferfirmen. Das sind zusammen halb so viele Beschäftigte wie im Schweizer Bergbau oder im Berner Inselspital arbeiten.

Fantasie-Zahlen der Rüstungslobby

Die Behauptung der Rüstungslobby, die Initiative gefährde «über 10'000 Arbeitsplätze», ist völlig aus der Luft gegriffen. Denn der angebliche Einfluss auf zivile Produkte und «Dual Use»-Güter lässt sich wissenschaftlich nicht belegen. Im Gegenteil: Eine britische Studie, die in der Fachzeitschrift «Applied Economics» erschienen ist, zeigt: Waffenausfuhr haben keinen stimulierenden Effekt auf zivile Exporte.

Dennoch: Hinter jedem Arbeitsplatz steht ein menschliches Schicksal. Deshalb fordert die

Initiative, dass der Bund die betroffenen Regionen und Beschäftigten während zehn Jahren mit gezielten Massnahmen bei der Umstellung auf nichtmilitärische Wirtschaftszweige unterstützt.

Waffenfirmen haben Alternativen

Dass eine Umstellung von militärischer auf zivile Produktion möglich ist und sehr erfolgreich sein kann, haben schon viele Betriebe bewiesen – auch in der Schweiz. So stellt beispielsweise die SIG in Neuhausen heute statt Sturmgewehre Hightech-Verpackungsmaschinen her.

Die Ruag macht heute nur noch 10 bis 15 Prozent des Umsatzes im Bereich der Waffenexporte. Die bundeseigene Firma hat in den letzten Jahren ihre industriellen Fähigkeiten in Bereichen wie der Recycling-Technologie und dem zivilen Flugzeugbau bemerkenswert steigern können. Doch im Bereich der grünen Technologien liegt bei der Ruag nach wie vor grosses Potential brach. Statt noch tödlicherer Munition könnte die Ruag beispielsweise effizientere Solarkollektoren entwickeln.

Auch die Pilatuswerke haben ein sehr erfolgreiches ziviles Standbein. Der Verkauf von PC-12-Geschäftsflugzeugen ist gemäss der Neuen Zürcher Zeitung auf Rekordkurs. Die Turboprop-Maschinen sind im Betrieb viel günstiger als düsengetriebene Businessjets, was gerade in der Wirtschaftskrise ein schlagendes Verkaufsargument ist. Bereits im letzt-

jährigen Geschäftsbericht teilten die Pilatuswerke mit, dass es ihnen an Personal mangle, um alle zivilen Aufträge fristgerecht ausführen zu können. Der Verkauf von Pilatus-Militärflugzeugen ist hingegen auch ohne unsere Initiative ins Stocken geraten.

Die Mowag könnte sich zum Ziel setzen, wie bis vor wenigen Jahren wieder Krankenwagen und Feuerwehrautos herzustellen, statt Radschützenpanzer für den Afghanistan-Krieg zu liefern. Der Thurgauer Fahrzeughersteller könnte sich auch im Zugsbau neue Geschäftsfelder erschliessen. Die Stadler Rail im benachbarten Bussnang ist trotz Krise in ganz Europa auf der Suche nach Ingenieuren und Technikerinnen, um die steigende Nachfrage zu decken.

Eine moralische Frage

Letztlich läuft die Diskussion jedoch auf eine einzige Frage hinaus: Muss man jeden Wirtschaftszweig fördern, der Arbeitsplätze schafft? Auch mit Söldnerdiensten oder der Herstellung von Nukleartechnologie für Diktatoren liessen sich Tausende von Arbeitsplätzen schaffen. Beides ist jedoch verboten, weil es die Mehrheit der Bevölkerung für moralisch verwerflich hält – genau wie die Ausfuhr von Kriegsmaterial.

Die Bankenkrise sollte uns gelehrt haben: Wer die Wirtschaft zur ethikfreien Zone erklärt, ist nicht nur moralisch korrumpiert, sondern langfristig auch wirtschaftlich nicht erfolgreich.



Kosten der Waffenexporte – Kosten der Initiative

Waffenexporte verursachen hohe Kosten für die SteuerzahlerInnen. Sie berappen nicht nur das Bewilligungsverfahren, sondern auch das Netzwerk von Militärattachés, das den Waffenfirmen für Marketing im Ausland zur Verfügung steht, sowie Exportrisikogarantien und Forschungskredite. Vor allem aber wird die Rüstungsindustrie durch überbeuerte Rüstungsbeschaffungen im Inland und durch Kompensationsgeschäfte bei Beschaffungen im Ausland massiv subventioniert.

Laut einem Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle lag das Volumen der Kompensationsgeschäfte in den Jahren 1995–2005 bei 4.8 Mia. Franken. Die Rüstungsindustrie profitierte überproportional davon. Die Finanzkontrolle kommt zum Schluss, dass die Kompensationsgeschäfte weit weniger beschäftigungswirksam sind als behauptet und die Rüstungsprogramme um rund 10 Prozent verteuern.

Insgesamt dürften die Kosten, welche die Rüstungsexportindustrie den SteuerzahlerInnen heute aufbürdet, höher sein als die Kosten eines Verbots. Diese belaufen sich laut BAK-Studie auf 83 Mio. Franken im ersten Jahr, zwei Jahre später sind es noch 33 Mio. Franken. Darin eingerechnet sind Umschulungsmassnahmen, Steuerausfälle, die Kompensation von Lohnausfällen sowie Mehrkosten bei den Sozialversicherungen.

DIE CHANCE PACKEN

Nein zum Geschäft mit dem Tod

Was hat uns der Bundesrat nach den vielen Waffenausfuhr-Skandalen der letzten zwei Jahrzehnte immer wieder versprochen. Eine restriktivere Handhabung der Ausfuhrpraxis und die strikte Beachtung wichtiger Kriterien: Keine Exporte in Konfliktgebiete und keine Exporte an Länder, in denen die Menschenrechte grob missachtet werden. Doch die Realität sieht anders aus. Von André Daguet*

Trotz aller politischen Beteuerungen der Landesregierung der vergangenen Jahre: Die Liste der Waffenausfuhr in Krisenregionen oder Länder mit schweren Menschenrechtsverletzungen ist lang. Viel zu lang. Nur ein paar wenige Namen zur Erinnerung: Indien, Pakistan, Saudi-Arabien, Israel, Jordanien, Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate und Libanon. Während Jahrzehnten haben wir alles versucht, um das Waffengeschäft einzuschränken. Bisher erfolglos. Denn heute müssen wir eingestehen: Nicht nur der weltweite Waffenhandel hat – wie in Zeiten des Kalten Krieges – massiv zugenommen. Auch Schweizer Waffenausfuhr sind 2008 im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent gestiegen. Ein skandalöses Beispiel: Der Export von Kriegsmaterial nach Pakistan hat innerhalb eines Jahres um das Dreifache zugenommen.

Vollständiges Waffenausfuhrverbot

Für mich ist klar: Ohne vollständiges Waffenausfuhrverbot schaffen wir die längst fällige Korrektur in der Waffenausfuhrpraxis nie. Anders bekommen wir das Geschäft mit dem Tode nicht in den Griff. Natürlich stellt sich mir die Frage nach den wirtschaftlichen Auswirkungen eines Exportverbots. Was bedeutet es für die Arbeitsplätze? Der Bundesrat hat gestützt auf eine Studie im Auftrag des Seco gerechnet. Sein Fazit: Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Initiative seien «relativ moderat». Überdurchschnittlich stark betroffen seien hingegen die Rüstungsbetriebe in den Kantonen Nidwalden, Zürich, Thurgau, Bern und Luzern.

Diese regionalen Auswirkungen müssen ernst genommen werden. Darum ist für mich entscheidend, dass die Initiative als flankierende Massnahme eine zehnjährige Unterstützungspflicht des Bundes zugunsten der vom Verbot betroffenen Regionen und Beschäftigten vorsieht. Damit sollen die wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen kompensiert werden.

Zivile Produktion

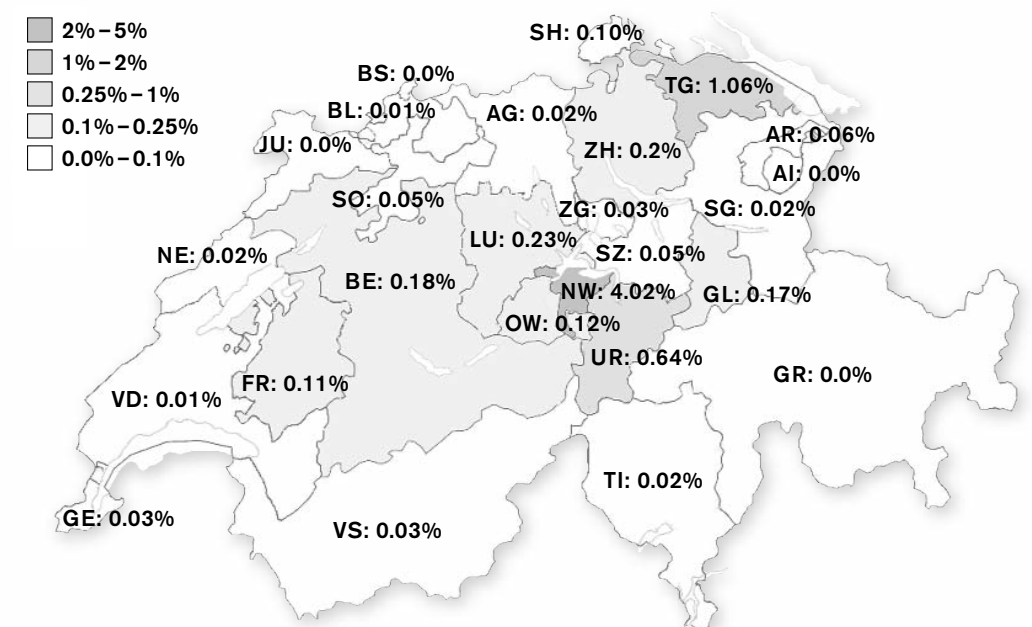
Das Hauptziel muss sein, diese Übergangszeit aktiv zu nutzen, um in den betroffenen Regionen den Prozess der Umstellung von der

Rüstungsgüterproduktion auf zivile Produkte zu fördern und zu beschleunigen. Dass dieser Umbau tatsächlich möglich ist, hat die Ruag in den letzten Jahren mit der Verschiebung vom militärischen zum zivilen Geschäft eindrücklich bewiesen.

Selbst der Bundesrat, der die Volksinitiative grundsätzlich ablehnt, muss in seiner Botschaft einräumen, dass das Initiativkomitee in erster Linie verhindern will, dass schweizerische

Rüstungsgüter in bewaffneten Konflikten zum Einsatz gelangen und dass dieses Ziel mit den von der Initiative vorgesehenen Mitteln grundsätzlich erreicht werden kann. Und er fügt hinzu: Es ist zudem denkbar, dass eine solche Massnahme die Glaubwürdigkeit der Schweiz in ihrem humanitären Engagement stärken könnte. Packen wir also die Chance!

*SP-Nationalrat und Gewerkschafter, Bern



Anteil der von der Initiative direkt und indirekt betroffenen Arbeitsplätze an der gesamten Anzahl der Arbeitsplätze pro Kanton. (Quellen: Bundesamt für Statistik, BAK Basel)



AUFRÜSTUNG

Vom Kampf- zum Krampfjet

Die Front der BefürworterInnen von neuen Kampfjets beginnt zu bröckeln. Das linksgrüne Lager war schon immer gegen den Kauf. Nun regt sich offenbar auch im bürgerlichen Lager Widerstand.

Von Remo Ziegler

Das wichtigste Argument gegen die neuen Flugzeuge ist längst bekannt: Die neuen Jets sind gar nicht nötig. Was die GSoA schon lange weiss, sagt nun auch Hans-Ulrich Ernst. Ernst steht nicht im Verdacht, ein GSoA-Sympathisant zu sein. Er war 17 Jahre lang Generalsekretär im im Militärdepartement und bekämpfte unter anderem auch die Stop-F/A-18-Initiative. Wenige Tage nach der Aussage von Ernst im Tages-Anzeiger meldete sich der Chefredaktor der Fachzeitschrift «Cockpit» zu Wort: Er will gehört haben, dass auch unter bürgerlichen PolitikerInnen in Frage gestellt werde, ob es neue Kampfjets braucht.

Derweil verbraten die Jet-Hersteller weiterhin Millionen, um im Evaluationsprozess eine gute Figur zu machen. Saab weibelt mit den vergleichsweise tiefen Betriebskosten ihres Gripen, so beispielsweise in der Wirtschaftssendung ECO des Schweizer Fernsehens. Der vermeintliche Vorteil von Saab könnte sich aber bei den Militärs rasch zum Nachteil wenden: Der Gripen hat nur ein Triebwerk und kann deswegen weniger Nutzlast – das heisst weniger Waffen – mitführen.

Militärs fürchten die Evaluation der Evaluation

Die mit dem Evaluationsprozess betraute Rüstungszentrale des Bundes, die Armasuisse, hat kürzlich alle Hersteller aufgefordert, eine Berechnung der Betriebskosten der Jets nachzureichen. Denn die Kosten für den Betrieb der Flugzeuge sind nicht zu vernachlässigen: Während der Lebensdauer der neuen Jets fallen zu den Anschaffungskosten von geplanten 2,2 Milliarden Franken Betriebskosten von

mindestens weiteren 2 Milliarden an. Ohne die Offenlegung, wie viel die neuen Jets tatsächlich kosten, dürfte das Parlament kaum vom Kauf der neuen Kampfjets zu überzeugen sein.

Von Farner wenig Neues

Auch beim geplanten Kampfjetkauf mischelt unsere Lieblings-PR-Agentur kräftig mit: Die Zürcher Farner PR, welche kürzlich eine Spionin bei der GSoA einschleuste (siehe Seite 2), träumt auf der Kampagnenwebsite der «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Armee» AWM von neuen Jets, die im «Erdkampf» eingesetzt werden können – sprich: von Kampfbombern. Doch wozu braucht die Schweizer Armee Kampfbomber? In der militärischen Logik machen Kampfbomber nur bei militärischen Auslandseinsätzen Sinn. Auf derselben Website wird auch der Einsatz von «Kanistermunition» in der Schweizer Armee vehement verteidigt. Damit entlarven sich die Autoren selbst, denn Kanistermunition – oder treffender Streumunition – ist eine heimtückische Waffe, deren internationale Ächtung bereits weit fortgeschritten ist. Unter Einsätzen von Streumunition leidet vor allem die Zivilbevölkerung, denn Streumunition hinterlässt viele Blindgänger. Diese machen ganze Gebiete während Jahrzehnten zu Minenfeldern.

Ja zur Initiative, nein zu neuen Kampfjets!

Die GSoA-Initiative gegen neue Kampfjets kommt gemäss Aussagen von offizieller Seite voraussichtlich nächstes Jahr zur Abstimmung. Die Chancen stehen gut, dass wir den Kauf von neuen Jets verhindern können.

Helvetische Jäger

Die Geschichte der Schweizer Luftwaffe in Buchform. Von Roman Schürmann. Bestellbar mit dem Talon auf Seite 8.

WAFFENGESETZ

Zentrales Waffenregister einführen!

Nachdem der Nationalrat sich endlich für ein zentrales Waffenregister ausgesprochen hatte, hat der Ständerat nun mit einem deutlichen Gegenentscheid die Bemühungen in diese Richtung zunichte gemacht. So bleibt die Kontrolle des Waffenbesitzes weiterhin unsicher. Von Adi Feller

Wenn auch in letzter Zeit kleine Verschärfungen durch die Übernahme von Schengen-Recht eingeführt wurden, bleibt die Regelung des Waffenbesitzes in der Schweiz äusserst freizügig. Von den mehr als 2,3 Millionen Feuerwaffen, welche sich heute in Schweizer Haushalten befinden, sind etwa 1,7 Millionen Militärwaffen. Rund 300 Menschen sterben jährlich durch eine Armeewaffe, sei dies durch ein Gewaltverbrechen oder durch Suizid. International vergleichende Studien zeigen, weshalb es in der Schweiz überdurchschnittlich oft zu derartigen Tragödien kommt: Je einfacher Schusswaffen verfügbar sind, desto häufiger ist der Missbrauch.

Zentrale Probleme ungelöst

Eines der zentralen Probleme im Umgang mit Waffen in der Schweiz wird erneut nicht angepackt. Mit dem Verweis auf vorhandene kantonale Waffenregister hat der Ständerat ein nationales Register abgelehnt. Doch grundlegendes Problem dieser kantonalen Register ist, dass sie nicht miteinander verbunden sind. So kann man einfach in verschiedenen Kantonen Waffen kaufen, ohne dass das wahre Ausmass der vorhandenen Waffensammlung bekannt wird. Und wenn man in einem Kanton keine Waffen mehr kaufen darf, kann man so auf andere Kantone ausweichen. So hat auch der Amokläufer im Zuger Parlament seine Waffensammlung aufgebaut.

Die von der GSoA mitgetragene Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt», welche voraussichtlich im nächsten Jahr ins Parlament kommt, ist nun der einzige mögliche Weg, noch ein zentrales Waffenregister zu schaffen und damit die Sicherheitslage in der Schweiz entscheidend zu verbessern.



Mit solchen Plakaten suchte Ralf Winkler auf der Strasse das Gespräch mit den PassantInnen

NACHRUUF AUF RALF WINKLER

«Um für Hitlers Krieg zu arbeiten, dazu habe ich nicht Maschinenschlosser gelernt.»

Ralf Winkler, geboren am 27. April 1915, stand Zeit seines Lebens für den Frieden ein. Er sammelte unermüdlich Unterschriften für die GSoA und hinterliess Dutzende Zeitzeugendokumente. Am 31. Juli 2009, ist Ralf Winkler gestorben. Von Beat Hatz und Heinrich Frei

Ralf Winkler verbrachte seine Jugend in Nancy. In Frankreich erhielt er eindrucksvollen Anschauungsunterricht, «zu was es führt, wenn starke Armeen den Frieden sichern. Eine grauhaft verwüstete Gegend, materielle Not, riesige Soldatenfriedhöfe und ein abgrundtiefer Hass auf Menschen jenseits künstlicher Grenzen.»

Winkler machte bei Sulzer eine Lehre als Maschinenschlosser und arbeitete 1939/40 für die Firma in Schweden. Wie Winkler schrieb, «begannen wir bei Sulzer nach meiner Rückkehr in die Schweiz für die deutsche Rüstung zu arbeiten». Es wurden unter anderem Motoren für Unterseeboote gebaut. Vor dem Besuch einer Kommission der Alliierten, liess die Firma alle Dokumente der Rüstungsproduktion verschwinden. Mit einer vermeintlich reinen Weste wurde dann Sulzer von der Schwarzen Liste der 2'000 Schweizer Firmen, die für die Nazis produziert hatten, gestrichen. Die Kontrolleure hätten damals nur die Arbeiter fragen müssen, meint Ralf Winkler, sie hätten gewusst, dass Sulzer für Hitler produzierte. Er sagte sich: «Um für Hitlers Krieg zu arbeiten, dazu habe ich nicht Maschinenschlosser gelernt. Diese Schweinerei mache ich nicht mit.» Frei nach dem Motto: «Die dir zuge-

mutete Rüstungsarbeit steht still, wenn dein klarer Geist es will», kündigte er und arbeitete bei Bauern.

Keine Arbeit für die Rüstungsindustrie

Das Knechteleben brachte aber Enttäuschung. «Überfordert und mit einem Monatsgehalt von vierzig Franken nicht in der Lage, meinen Verpflichtungen nachzukommen, ging ich nach einem Jahr schweren Herzens wieder in die Industrie zurück.» Er ging zu Escher-Wyss in Zürich, in die Abteilung Kälte-Kompressoren, in der Meinung, dies sei nicht für den Krieg. «Doch das Kriegsunterstützungselend fing erneut an. Es wurden Kühlzellen für den Afrika-Feldzug hergestellt.» Trotz der Flaute im Arbeitsmarkt suchte sich Winkler etwas Anderes. Der neue Arbeitgeber, Produzent von Offsetmaschinen, kam dann aber auf die Schwarze Liste der Alliierten, weil sie Munitionsdrehbänke für Deutschland herstellte, und ging später Konkurs. «In Gesprächen mit Kollegen und Vorgesetzten machte ich auf das Erbärmliche dieser Arbeit aufmerksam, um dann meist diese Antwort hören zu müssen: «Hauptsache, ich verdiene schön dabei.» Winkler hielt es nicht mehr aus und kündigte erneut. Durch das Arbeitsamt fand Winkler schliesslich eine Stelle in einem Betrieb für landwirtschaftliche Maschinen. «Dieses Erlebnis hat mir zu der Einsicht verholten, sich weniger von Furcht und Sorgen leiten zu lassen, sondern dann unbekümmert seinen Weg zu gehen, sobald man diesen als richtig erkennt. Denn es kommt besser heraus, als man es sich zuvor in seinen Ängsten dachte.»



WAFFENHANDEL

Die Schweiz an der Waffenmesse DSEi 2009

Alle zwei Jahre treffen sich im September Tausende von Kriegsmaterialhändlern in London an der «Defence and Security Equipment International (DSEi)». Die DSEi ist eine der grössten Waffenmessen der Welt. Von Cordula Bieri*

Die britische Regierung hat in diesem Jahr Staaten wie Angola, Kolumbien, China, den Irak, Pakistan und Saudi Arabien zu diesem todbringenden Spektakel eingeladen. Einige dieser Länder befinden sich in bewaffneten Konflikten, andere sind bekannt für systematische Menschenrechtsverletzungen. Auch Libyen wurde von der britischen Regierung eingeladen, nahm aber nicht teil. Das Land war wohl mit den Vorbereitungen für die eigene Waffenmesse LAVEX beschäftigt, die Anfang Oktober in Tripolis stattfand.

Auch die Schweiz war mit von der Partie. Die britische Regierung gab bekannt, dass Jakob Baumann, Rüstungschef und Leiter der armasuisse die Eidgenossenschaft vertreten hat. Schweizer Unternehmen waren ebenfalls zahlreich an der DSEi 2009 erschienen. Neben der Ruag, der MOWAG (zusammen mit der Mutterfirma General Dynamics) und der Rheinmetall (der früheren Oerlikon Contraves) nahmen auch kleinere Firmen wie die Crypto AG, m&f engineering, Katadyn Products, MB-Microtec ware, MineWolf Systems AG, WAVECOM AG, SSZ, Vectronix oder Victorinox an der DSEi 2009 teil.

Breiter Protest gegen die DSEi

Nicht alle freuen sich in London über diese Waffenmesse. Die Campaign Against Arms Trade (CAAT), Disarm DSEi, Space Hijackers und andere Organisationen protestieren seit Jahren gegen diesen Event. CAAT hat vor der stark bewachten Waffenmesse friedlich demonstriert. Anschliessend wurden die Proteste bei der Regierungsagentur, welche für die Förderung des britischen Waffenhandels zuständig ist, weitergeführt. Disarm DSEi demonstrierte im Zentrum von London gegen die Banken, welche mit ihrem Geld die Waffenindustrie aktiv unterstützen. Man munkelt, dass die Space Hijackers das offizielle Abschlussdinner der Waffenmesse mithilfe eines Helikopters aufgemischt haben. Der vielfältige Protest zeigt: Die Anti-Waffenlobby wächst.

* Cordula Bieri arbeitet als Praktikantin bei der Campaign Against Arms Trade in London.



Proteste gegen die Waffenmesse DSEi 2009

PIRATENJAGD VOR SOMALIA

Mission Atalanta auf Tauchstation

Lange sah es so aus, als würde das Parlament der Beteiligung der Schweizer Armee an der Piratenjagd zustimmen. Doch dann kam alles anders: Der Nationalrat weigerte sich in der Herbstsession mit satter Mehrheit, auf die Vorlage einzutreten. Damit ist die Beteiligung der Armee an der EU-Militärmission Atalanta endgültig vom Tisch. Was bedeutet dieser Entscheid? Von Reto Moosmann

In der letzten GSoA-Zitig spekulierten wir, die Vorlage zur Beteiligung der Schweizer Armee an der EU-Militärmission Atalanta könnte im Nationalrat keine Mehrheit finden. Diese Mutmassungen haben sich bestätigt: Am 24. September 2009 lehnte der Nationalrat mit 102 zu 81 Stimmen die Entsendung von Rambo-Soldaten an den Golf von Aden überraschend klar ab. Neben SVP und Grünen, die geschlossen gegen die Vorlage votierten, sprachen sich auch 18 NationalrätInnen der SP (von 42), drei CVP-Vertreter und ein FDP-Nationalrat dagegen aus.

Damit hat der Nationalrat der – ausgerechnet durch Aussenministerin Micheline Calmy-Rey vorangetriebenen – Militarisierung der Aussenpolitik eine klare Abfuhr erteilt. Das Signal an Bundesrätin Calmy-Rey ist deutlich: Die Schweiz soll sich bei der Lösung von Konflikten auf die zivile Friedensförderung und die Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren. In Somalia tut der Aufbau stabiler

zivilgesellschaftlicher Strukturen und eines demokratischen Staatssystems Not. Es braucht deshalb ein umfassendes ziviles Stabilisierungs- und Aufbauprogramm für Somalia. Auf multilateraler Ebene soll sich die Schweiz dafür einsetzen, dass die illegale Piratenfischerei gestoppt und die illegale Mülldeponierung durch europäische Firmen bekämpft wird.

Rambotruppe AAD-10 auflösen

Nach dem Nein zu Atalanta ist der logische nächste Schritt, die Rambotruppe AAD 10, die nach Somalia hätte entsandt werden sollen, aufzulösen. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass sich die Schweizer Armee nicht an Kampfhandlungen in Konfliktgebieten beteiligen kann. GSoA-Vorstand und Nationalrat Josef Lang reichte noch in der Herbstsession einen entsprechenden Vorstoss ein. Der Entscheid des Nationalrats ist ein klares Zeichen dafür, dass es für neue Auslandesätze der Armee keine politischen Mehrheiten gibt. Die GSoA erwartet, dass diesem Faktum im sicherheitspolitischen Bericht, welcher bis Ende Jahr fertiggestellt werden soll, Rechnung getragen wird.

Die Ablehnung der Schweizer Beteiligung an Atalanta war nur dank einer gestärkten friedenspolitischen Linken aus Grünen und SP möglich. Das ist ein grosser Erfolg, denn der Druck von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey auf die eigene Fraktion, dem Einsatz zuzustimmen, war ungewöhnlich stark.

ZIVILDienst

Armee besorgt um ihre Existenz

Weil immer mehr Zivildienstgesuche gestellt werden, ist die Armee besorgt. So sehr, dass ihr Chef sogar dem Parlament Vorwürfe macht. Von Felix Birchler

Ein Vorgehen, wie man es aus Militärdiktaturen nur allzu gut kennt, hat Anfang September das neue VBS-Führungsduo an den Tag gelegt. In einem Interview bezeichnete Armeechef André Blattmann die Abschaffung der Gewissensprüfung als Zulassungsbedingung zum Zivildienst als «Betriebsunfall» und als «nicht zu Ende gedachte Regelung». Diesen Entscheid hat notabene das Schweizer Parlament getroffen. Wenige Tage später setzte VBS-Chef Ueli Maurer der Einmischung des Armeechefs in die demokratischen Gepflogenheiten unseres Landes die Krone auf, als er die Aussagen von Blattmann unterstützte und meinte, dass es rasche Korrekturen brauche. Dass sich dann auch gleich ein höriger SVP-Nationalrat fand, der mittels parlamentarischer Initiative eine Wiedereinführung der Gewissensprüfung forderte, konnte nicht mehr überraschen. Der Dienstweg im VBS geht offenbar so: Der Armeechef sagt dem Ueli, was er will und der Ueli sagt dann seinen SVP-Freunden, was sie im Parlament fordern sollen. Ist die Schweiz eine feldgrüne Bananenrepublik?

Eine Armee ohne Soldaten?

Die Armee hat offenbar Angst, dass ihr die Soldaten davonlaufen. Nicht zu Unrecht:

Während des Jahres 2008 waren insgesamt 1946 Zivildienstgesuche gestellt worden. Seit dem 1. April 2009 gilt die 1.5 mal längere Dienstdauer als ausreichender «Tatbeweis», dass jemand einen Militärdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann. Seit Anfang des Jahres sind nun bereits 4328 Gesuche gestellt worden. Man kann also davon ausgehen, dass bis Ende Jahr eine Verdreifachung oder Vervierfachung der Zivildienstgesuche stattgefunden hat. Dies stösst dem Armeechef sauer auf. Die Schweizer Armee hat ihren Personalbestand in den letzten Jahrzehnten massiv reduziert. Heute umfasst sie rund 130'000 Aktive und 70'000 Reservesoldaten. Dies ist nur noch die Hälfte des Truppenbestandes von Anfang der 90er-Jahre. Und jetzt soll die Zunahme der gewissenhaften Zivildienstleistenden die ganze Stabilität der Armee ins Wanken bringen? Zwei mögliche Erklärungen für den Hilferuf von Blattmann und Maurer drängen sich auf. Erstens: Ueli Maurer will wirklich die Landeigentum-Armee seiner SVP zurück und plant den Wiederaufbau eines Massenheeres. Zweitens: Jeder junge Mann erbringt mit seiner Armeeverweigerung den Tatbeweis, dass die Schweiz keine Armee braucht und die Energie junger Leute sinnvoller eingesetzt werden kann. Jedes Zivildienstgesuch ist somit ein weiterer Mosaikstein im Zukunftsbild einer armeerlosen Schweiz. Dass die Armeespitze einer so massiven Zunahme von Zivis nicht tatenlos zuschauen will, ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend.

INSERAT

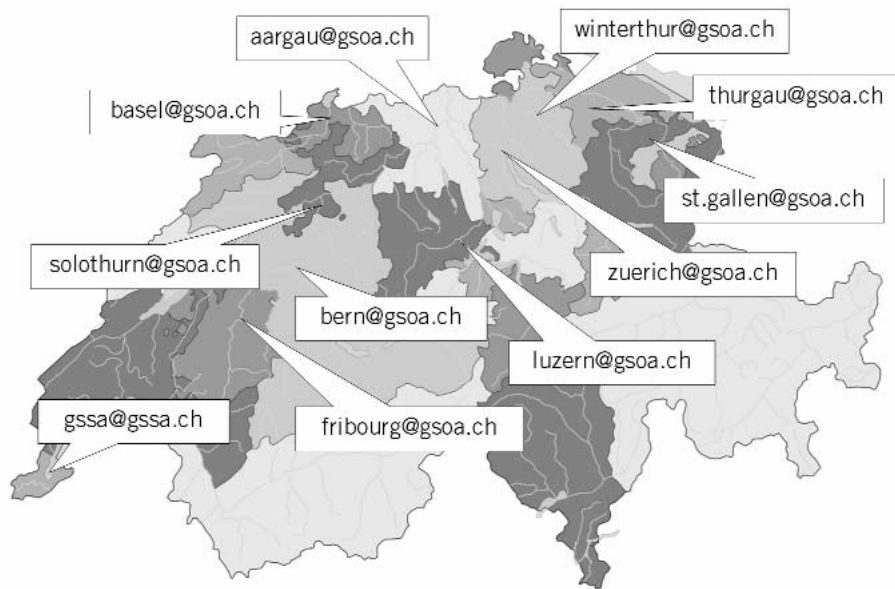
kult.kino

Ein Dorf im Norden Deutschlands. 1913/14. Vorabend des Ersten Weltkriegs. Die Geschichte des Dorflehrers, welcher auch den Schul- und Kirchenchor leitet. Da geschieht ein seltsamer Unfall. Später folgen weitere... Wer steckt dahinter? "Hypnotisierend und unvergesslich!" (El País)

Demnächst in Ihrem kult.kino.

Aktiv bei einer Regionalgruppe

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Lust, aktiv zu werden? Dann melde dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, dich kennenzulernen!



Wir sind auf Ihre Spende angewiesen

Die GSoA ist im Moment an drei Volksinitiativen beteiligt: Die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» und die Initiative gegen die neuen Kampfflugzeuge. Um die Kosten zu decken, die aus den drei Kampagnen entstehen, sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Mit Ihrem Geldbeitrag ermöglichen Sie uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein tragen Sie unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!

Veranstaltungen zur Kriegsmaterial-Initiative

- **Basel, 22. Oktober, 20:00 Uhr**
Veranstaltung mit Doris Leuthard. Ort: Safran Zunft
- **Zürich, 26. Oktober, 20:00 Uhr**
Podiumsdiskussion mit Doris Leuthard. Ort: Hotel Mariott
- **St.Gallen, 29. Oktober, abends** - Podiumsdiskussion
- **Winterthur, 2. November, 20:00 Uhr**
Podiumsdiskussion im Nord-Süd-Haus, Steinberggasse 18
- **Zürich, 3. November, 19:00 Uhr**
Sitzung Regionalkomitee, Quellenstrasse 25
- **Zürich, 4. November, 19:00 Uhr**
Veranstaltung des cfd: Waffenverbreitung, Friedensförderung und Geschlechter(un)gleichheit, Volkshaus Zürich
- **Emmenbrücke, 5. November, 19:00**
Podiumsdiskussion, mit Jo Lang, Ueli Maurer. Ort: Gersag-Kongresszentrum
- **Aarau, 5. November, abends** - Podiumsdiskussion
- **Bern, 6. November, 13:30 Uhr**
Podiumsdiskussion mit Bundesrätin Doris Leuthard, UniS, Schanzeneckstrasse 1
- **Appenzell, 10. November, abends** - Podiumsdiskussion
- **Sursee, 12. November, abends** - Podiumsdiskussion
- **Bern, 21. November, 21:00 Uhr**
Vote-in-Party, Reitschule Bern, 21 Uhr

Detailliertere Informationen und weitere Veranstaltungshinweise finden sich auf www.kriegsmaterial.ch

GREGOR.
das glückliche Gewehr



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ, Wohnort

Tel./E-Mail

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Kriegsmaterial-Kampagnen Starter Kit: 20 Flyer, 10 Kleber, 5 Postkarten, 3 Kleinplakate		kostenlos	
	T-Shirt Kampffjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampffjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Friedensfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Buch «Helvetische Jäger»		Fr. 20.-	
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80
	Rechnungsbetrag			

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Michael Baumgärtner (mb), Felix Birchler (fb), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Adi Feller (ad), Beat Hatz (beh), Chrigi Hug (ch), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Reto Moosmann (rm), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw, verantw.), Remo Ziegler (rz)
Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- /10.- **PC-Konto:** PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.